

Gezi-Park-Proteste: neue Möglichkeiten, alte Grenzen?

Atac, Ilker; Dursun, Ayse

Preprint / Preprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Atac, I., & Dursun, A. (2013). Gezi-Park-Proteste: neue Möglichkeiten, alte Grenzen? *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 42(4), 443-450. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-361013>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Ilker Ataç/Ayse Dursun

Gezi-Park-Proteste in der Türkei: Neue Möglichkeiten, alte Grenzen?

Schlüsselwörter: Taksim Gezi-Park, Proteste, Türkei, politisches System, Autoritarismus, AKP

Der folgende Beitrag analysiert die Gezi-Park-Proteste gegen den geplanten Abriss eines öffentlichen Parks in Istanbul im Mai 2013, die sich in einigen wenigen Tagen zu einem landesweiten Massenprotest entwickelten. Der konservativ-religiöse Neoliberalismus der regierenden AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) hat wesentlich zur Entstehung und Verbreitung der Gezi-Park-Proteste beigetragen. Wir vertreten die These, dass die Proteste Ausdruck der Suche nach neuen Räumen und Formen der partizipativen Politik sind, die sich als eine Alternative zur institutionellen Politik positionieren. Dabei heben wir zuerst das transformative Potential der Proteste hervor, um in einem nächsten Schritt ihre Grenzen zu skizzieren.

Gezi Park protests in Turkey: new opportunities, old boundaries?

Keywords: Taksim Gezi Park, protests, Turkey, political system, authoritarianism, AKP

The following paper analyzes the Gezi Park protests against the planed demolition of a public park in Istanbul in May 2013 which spread around the country within a short time. We argue that the protests have arisen out of a critique of the conservative-religious neoliberalism of the ruling AKP (Justice and Development Party) and that the protests have sought to create new spaces and forms of participatory politics as an alternative to exclusionary institutions and processes of decision making within Turkish polity. While recognizing the transformative potential of the protests, we also point at the challenges and inherent limits.

Ilker Ataç
Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
Universitätsstraße 7, 1010 Wien
E-Mail: ilker.atac@univie.ac.at

Ayse Dursun
Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
Universitätsstraße 7, 1010 Wien
E-Mail: ayse.dursun@univie.ac.at

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 42. Jg. (2013) H. 4, 443–450

1. Einführung

Die Türkei hat im Juni 2013 eine der größten zivilgesellschaftlichen Widerstandsbewegungen in ihrer Geschichte erlebt. Die Proteste ergaben sich aus einer ursprünglich kleinen Parkbesetzung am Taksim-Platz Ende Mai und entwickelten sich in einigen wenigen Tagen zu einem landesweiten Massenprotest, welcher als die größte innenpolitische Erschütterung erachtet wird, seitdem die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) an der Regierung ist (Avcı 2013).

Im vorliegenden Beitrag möchten wir als Erstes die Hintergründe der Proteste erläutern, die unseres Erachtens zu ihrer Entstehung und Verbreitung geführt haben. Neben den politischen Ereignissen im Vorfeld und während der Proteste beschreiben wir das politische System unter der von Premierminister Recep Tayyip Erdoğan geführten AKP-Regierung, um ein Bild der gegenwärtigen politischen Landschaft der Türkei zu vermitteln. Danach gehen wir auf einige Merkmale der Proteste ein. Wir vertreten dabei die These, dass sie Ausdruck der Suche nach neuen Politikformen sind, welche sich in den innovativen Aktionsformen und -orten sowie in der kollektiven Politikgestaltung manifestieren. Anschließend skizzieren wir mögliche Grenzen und wagen vorsichtige Aussagen über die Zukunft der Proteste.

2. Die Türkei zehn Jahre unter der AKP

In den letzten zehn Jahren prägte die AKP das politische System der Türkei nachhaltig: Nach ihrem ersten Wahlerfolg im Jahr 2002, als sie auf 34% der Stimmen kam, konnte sie 2007 ihre Stimmen auf 47% und 2011 auf knapp 50% erhöhen. Der Erfolg der Partei hängt nicht zuletzt mit der zeitgleichen wirtschaftlichen Prosperität zusammen. Von der makroökonomischen Stabilität und der Reduzierung der Inflation gingen starke Wachstumsimpulse aus. Eine breite Bevölkerungsmehrheit, insbesondere die Mittelklasse, stand hinter dem wirtschaftlichen Entwicklungsparadigma, weil die Geldstabilisierung und das Wachsen der Konsumtionsmöglichkeiten ihre Situation verbesserten. Das wiederum ließ die Importe ansteigen.

Der Konsum basierte auf privater Verschuldung und auf Krediten, die durch internationale Kapitalzuflüsse finanziert wurden (Ataç 2013). Einen wesentlichen Beitrag zu den hohen Wachstumsraten spielte aber auch der staatlich geförderte Bauboom. Die AKP-geführte Regierung verfolgte eine Akkumulationsstrategie, die sich durch Investitionen in den Immobiliensektor an der Erhöhung der städtischen Grundrente orientierte (vgl. Harvey 2012). In großen Metropolen fand eine sogenannte „Stadterneuerung“ (*kentsel dönüşüm*) statt. Das Stadtzentrum von Istanbul durchlebte einen rasanten Prozess der Gentrifizierung, vor allem in den historischen Vierteln von Sulukule, Tarlabası, Tophane und Fener-Balat, in denen arme Bevölkerungsgruppen, nicht-dokumentierte MigrantInnen sowie sozial benachteiligte Gruppen wie Kurden und Roma lebten (Cassano 2013). Bemerkenswert war auch das Wachsen der Einkaufszentren, die in der kreditbasierten und privat verschuldeten Ökonomie symbolisch für die Konsumorientierung und Umgestaltung öffentlicher Räume standen. Die Gesamtnutzfläche von Einkaufszentren hat sich in der Türkei zwischen 2005 und 2012 vervierfacht (AYD 2012).

Das Wachstumsmodell der AKP basiert auf einem neoliberalen Projekt, das durch unterschiedliche Instrumente wie etwa restriktive Geld- und Fiskalpolitik, Privatisierung und Deregulierung vorangetrieben wurde. Das Projekt, welches – ganz im Sinne des Post-Washington-Konsensus – auf der Trennung der ökonomischen und politischen Sphären beruhte, wurde nach

der Wirtschaftskrise von 2001 initiiert und ab 2003 unter der AKP-Regierung konsolidiert (Coşar/Yücesan-Özdemir 2012). Gleichzeitig nahmen Korruption und Klientelismus durch Verflechtungen zwischen Regierung und ihr nahestehenden Kapitalgruppen zu. So wurde etwa das Gesetz für das öffentliche Beschaffungswesen, welches Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen gewährleisten soll, mehrmals modifiziert, wodurch die Regierung ihre Befugnisse bei der Auftragserteilung stärken konnte. Der Agentur des öffentlichen Beschaffungswesens wurde mehrmals die Begünstigung regierungsnaher AuftragnehmerInnen vorgeworfen.

Beim Management eines stabilen ökonomischen Modells gilt die AKP-Regierung ebenso als erfolgreich wie in Bezug auf Demokratisierung. In der türkischen Politik hatte das Mittel des Militärputsches eine lange Tradition. Diese Gefahr wird mittlerweile als ausgeschlossen erachtet, nicht zuletzt weil Generäle, die mit einem Putsch gegen die Regierung geliebäugelt haben sollen, vor Gericht gebracht und verurteilt worden waren. Der prestigeträchtigste politische Erfolg für die Regierung war die Lösung der sogenannten „Kurdenfrage“. Die AKP führt zurzeit Verhandlungsgespräche mit dem seit 1999 verhafteten Führer der PKK (Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans) Abdullah Öcalan und mit der kurdischen Abgeordneten im Parlament für einen endgültigen Waffenstillstand.

Über die Jahre nahm die Regierung unter der AKP zunehmend autoritäre Züge an. Davon zeugen Polizeigewalt, direkte und indirekte Formen der Medienzensur, Isolieren und Diskreditieren politischer Opposition sowie zunehmendes Einmischen in die Lebensweisen (z.B. die neue Regulierung über das Verbot des Einzelverkaufs von Alkohol ab 22 Uhr oder die Debatte um das Abtreibungsverbot). Die AKP schirmt ihr neoliberales Wirtschaftsmodell mit einem religiös-konservativen Gesellschaftsbild ab, in dem gewisse (traditionsbewusste) Lebensweisen gegenüber anderen bevorzugt werden. Diese „repressive governance“ räumt der Regierung in der Gestaltung der Politik eine dominante Position ein und erschwert bzw. verweigert der gesellschaftlichen Opposition den Zugang zu politischen Debatten und Entscheidungsprozessen. Letzteres wird in den Debatten um gigantische Bauprojekte, welche die Privatisierung öffentlicher Räume und Ressourcen mit beträchtlichen ökologischen Folgen bedeuten, deutlich. So werden politische Opposition, zivilgesellschaftliche Gruppen, Berufsverbände und ExpertInnen nur selektiv in den Prozess der Planung und Umsetzung des dritten Flughafens für Istanbul eingebunden, welcher mit einer Kapazität von jährlich 150 Millionen Passagieren einer der größten Flughafens der Welt sein soll. Weitere Beispiele bilden der Bau der dritten Bosphorus-Brücke, „Kanal-Istanbul“, welcher einen Kanal für Schifffahrten parallel zum Bosphorus vorsieht, der Umbau von Taksim in eine Fußgängerzone und der gescheiterte Bau eines Einkaufszentrums an Stelle des Gezi-Parks.

Ein anderer Baustein in der autoritärer werdenden Form des Regierens der AKP ist die zunehmende Monopolisierung der Medienlandschaft und der Umstand, dass dabei wirtschaftliche und politische Interessen verschmelzen. Im aktuellen EU-Bericht über die Türkei wird hervorgehoben, dass die hohe Konzentration von Eigentum an Medien in den Händen der Industriekonglomerate zur Selbstzensur von Medien und JournalistInnen führt (Europäische Kommission 2013). Besonders in der Anfangsphase der Gezi-Park-Proteste berichteten private Mainstream-Nachrichtensender wie CNNTürk und NTV, die jeweils der Doğan und Doğu Holding gehören, nicht von den Ereignissen. Die Türkei gilt inzwischen als das Land mit den meisten JournalistInnen im Gefängnis (Reporters without Borders 2012). Laut den Angaben der türkischen JournalistInnenkammer wurde allein während der Gezi-Park-Proteste 59 JournalistInnen entlassen oder zur Kündigung gezwungen (Akgül 2013).

Die AKP-Regierung hatte auch deshalb relativ leichtes Spiel, weil die politische Opposition keine überzeugenden Alternativen anbieten konnte. Die AKP hat bestehende Barrieren, wie etwa die 10%-Wahlhürde beibehalten und von dem beschränkten Zugang der Opposition in das Parlament profitiert. Die Politik der stärksten Oppositionspartei, nämlich die Republikanische Volkspartei (Cumhuriyetçi Halk Partisi, CHP), führte dazu, dass die Konfliktachse Staat-Religion dominant blieb. Das fand seinen Ausdruck in den Kundgebungen von kemalistischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche eine Kritik der AKP-Politik über die Themen der nationalen Einheit und des Säkularismus ausübten. Die Fokussierung auf Themen wie die Kopftuchdebatte oder das Schulsystem, welche „kemalistische Befindlichkeiten“ ins Zentrum der Diskussion stellten, führte dazu, dass die oppositionellen Kräfte keine tragenden alternativen politische Projekte formulieren konnten.

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass der private Konsum und der Bausektor unter der AKP-Regierung als Lokomotiven des neoliberalen Wachstumsmodells dienten, mit erheblichen ökologischen Auswirkungen und charakterisiert durch Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums. In der Überschneidung von wirtschaftlichen und politischen Interessen bekamen die Netzwerke der AKP-Regierung eine immer wichtigere Bedeutung (Buğra 2013). Gleichzeitig stieg der religiöse Konservatismus, der die Werte des sunnitischen Islams zum Beispiel in Form konservativer Familienbilder und traditioneller Frauenrollen im kulturellen Leben prägt, an. Politik fand in geschlossenen Netzwerken statt. Auf Proteste wurde repressiv durch Polizeigewalt geantwortet (Europäische Kommission 2013), kritische Journalisten wurden unter Druck gesetzt und entlassen. Das System der repräsentativen Demokratie war durch die Polarisierung zwischen den Kemalisten und Akteuren des politischen Islams blockiert und konnte Forderungen nach mehr Partizipation nicht aufnehmen. Im Folgenden möchten wir analysieren, ob und inwiefern die Gezi-Park-Proteste einen Möglichkeitsraum eröffnet haben, um den oben beschriebenen Tendenzen entgegenzuwirken.

3. „Gezi-Geist“: Neue Formen und Orte der Politik

Vor dem Ausbruch der Gezi-Park-Proteste hat es bereits zahlreiche soziale und politische Bewegungen wie etwa die Stadtbewegung, die feministische und LGBT-Bewegung, die kurdische Bewegung gegeben, welche auf die Straße gingen und neue Formen des politischen Protests und Partizipation erprobten. Als historisch bedeutsames Beispiel kann hier der Widerstand in Bergama angeführt werden. Die BäuerInnen aus dieser Kreisstadt von Izmir protestierten ab Mitte der 1990er in vielfältiger Weise gegen den geplanten Goldabbau durch die multinationale Firma Eurogold. Später, bereits unter der AKP-Regierung, gab es Proteste gegen Wasserkraftwerke in zahlreichen Städten wie Antalya, Erzurum und Rize. In Istanbul organisierten sich AktivistInnen, um die sogenannte „Stadterneuerung“ oder den Abriss des historischen EmekKinos in Beyoğlu zu verhindern. Beide Vorhaben konnten nicht aufgehalten werden.

Die Proteste Ende Mai 2013 hatten ursprünglich ebenfalls die Absicht, einen städtebaulichen Eingriff zu verhindern, nämlich den Abriss und den Umbau des Gezi-Parks. Der geplante Bau eines Einkaufszentrums anstelle des Parks wurde von Gruppen, die sich unter der Taksim-Solidaritätsplattform organisierten, als Beraubung eines der wenigen übrig gebliebenen grünen, öffentlichen Raums dargestellt. Bereits vor dem Ausbruch der Protestwelle hatten die AktivistInnen versucht, durch Formen des zivilen Widerstands und Besetzung des Parks den Abriss zu verhindern. Die Regierung ging zunächst vor wie in den anderen, zuvor genannten Fällen von begrenz-

tem Widerstand. Doch nach Polizeiangriffen, begleitender Medienzensur und Kriminalisierung der Protestierenden in den Statements der Regierungsmitglieder kam es zu einer Massenbewegung. In 77 türkischen Städten fanden Solidaritätsdemos statt. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste im Juni 2013, sie dauern jedoch mit schwankender Intensität bis heute an.

Soziale Bewegungen haben zwar eine lange Tradition in der Türkei, waren aber bisher nicht in einer gemeinsamen Protestaktion dieses Ausmaßes involviert. Der Park versammelte ein Kollektiv aus Gewerkschaften, FeministInnen, UmweltaktivistInnen und weiteren Gruppen, ging jedoch über eine linke Koalition hinaus und umfasste auch Fußballfans, vor allem die Fangruppe der Fußballmannschaft Beşiktaş „çArşı“, NationalistInnen und antikapitalistische Muslime. Die Schwierigkeit, in einer solch heterogenen Zusammenstellung konkrete politische Ziele zu formulieren, hat vermutlich die Einigung auf bestimmte Handlungsweisen gefördert. Alternative Alltagspraktiken bildeten das Rückgrat performativer Protestbotschaften: Die ParkbesetzerInnen entsorgten den Müll selbstständig, bauten einen Biogarten, einen Supermarkt und eine Freiluftbibliothek mit Büchern zur freien Entnahme. Das performative Repertoire ging der Protestbewegung nicht vor, sondern entstand erst während dieser spontan und kollektiv. Es ermöglichte Allianzen, die bis dahin kaum oder nur selektiv zustande kamen.

Die Neuheit der Gezi-Park-Proteste bringt daher Definitions- und Bezeichnungsschwierigkeiten mit sich. Ein Versuch, diese zu überwinden, stellte die während der Proteste häufig eingesetzte Phrase vom „Gezi-Geist“ (*Gezi ruhu*) dar. „Gezi-Geist“ bezeichnet in Sprachgebrauch der AktivistInnen die angenommene „Essenz“ und betont dabei das „Vereinende“ in den Protesten, welche über die verbale Formulierung von gemeinsamen politischen Anforderungen hinausgehen und ein entstehendes Widerstandsrepertoire ausdrücken sollen. „Gezi-Geist“ ermöglichte eine Politik des Raums. Durch die Proteste kam es zur Aneignung und Entdeckung des Parks als politischer Raum, um Forderungen nach Partizipation zu stellen, Diskussionen zu führen sowie Widerstand gegen repressive Maßnahmen zu leisten. AktivistInnen berichten, dass die Versammlungen gegen die Vereinnahmungstendenzen der traditionellen linken Gruppen bis Mitte des Sommers als wichtige Orte des kollektiven Austausches funktioniert haben. Der Einfluss der „Occupy-Bewegung“ war an den Methoden der Kommunikation durch die Handgesten in den Versammlungen und der Errichtung einer offenen Bühne für die freie Artikulation von Ideen und Visionen zu erkennen (İnceoğlu 2013).

Nach der Räumung des Gezi-Parks am 15. Juni 2013 kam es im Anschluss zur Entstehung lokaler Versammlungen in verschiedenen Parks, den sogenannten „Parkforen“. Fünf Tage nach der Räumung kündigte die Taksim-Solidaritätsplattform 38 Versammlungen in Istanbul an, welche gänzlich von BürgerInneninitiativen ins Leben gerufen wurden (ebd.). In den Diskussionen rückten Fragen von Selbstverwaltung in den Vordergrund, z.B. welche Organisationsformen gegen Stadterneuerungsprozesse erfolgreich angewendet werden können. Aufgrund des Zusammentreffens unterschiedlicher Positionen können die Versammlungen als Räume radikaler Demokratie betrachtet werden. Dabei konnten benachteiligte Gruppen wie LGBTs (Lesbian, Gay, Bisexual und Trans) an Sichtbarkeit gewinnen und ihre politische Position stärken.

„Gezi-Geist“ bedeutet aber auch ein neues Vokabular und neue Formen der Politik von unten. Humor und gewaltfreier Widerstand waren für die moralische Legitimation der Bewegung entscheidend. Der extensive Einsatz von Tränengas gegen die DemonstrantInnen wurde durch Sprüche wie etwa „Pfefferspray tut der Haut gut“ und „Sir, Sie hätten uns nicht mit Tränengas bewerfen brauchen; wir sind ohnehin sentimentale Kinder“ ironisch überzeichnet. Andere Beispiele sind etwa das Überqueren der Bosphorus-Brücke zu Fuß um sechs Uhr morgens, die Verwendung eines entführten Bulldozers als Gegenentwurf zu den Polizei-TOMAs (Interventions-

vehikel gegen gesellschaftliche Ereignisse) und fröhliche Gesänge als Antwort auf Einsätze der Polizei. Die populäre wöchentliche Satire-Zeitschrift *Penguen* gab eine mit den Protestierenden solidarische Gezi-Ausgabe heraus (Penguen 2013). So bezeichnet die Phrase „Gezi-Geist“ einen nicht-hierarchischen, egalitären und solidarischen Umgang mit Mitmenschen (Bakiner 2013). Menschen, die vom Tränengas verletzt waren, haben sich gegenseitig unterstützt, AnrainerInnen sind aus ihren Häusern zu Hilfe geeilt oder haben Schutz geboten, ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen haben temporäre Krankenstationen aufgebaut, Lokale und Luxushotels haben ihre Türen geöffnet. RechtsanwältInnen wurden organisiert, um mit Rat für die Grundrechte der Protestierenden zur Verfügung zu stehen. In vielen Bezirken Istanbuls und in anderen Städten kam es nach dem Motto „Taksim überall, Widerstand überall“ zu Solidaritätsdemos, wodurch die landesweiten Proteste entstanden.

4. Schlussfolgerungen

Die Bewegung im Gezi-Park übt nicht bloß Regierungskritik; durch die Ereignisse wurde ein Raum des Politischen geöffnet. Das beinhaltet eine Kritik des politischen Systems der Türkei und der autoritären Tendenzen, die durch die Person des Premierministers Erdoğan nur verkörpert werden, sich darin aber nicht erschöpfen. Dementsprechend können die Gezi-Park-Proteste als Erprobung neuer Formen der Selbstbeteiligung und neue Örtlichkeiten des Politikmachens verstanden werden und mit den sogenannten „Occupy-Protesten“ verglichen werden. Sie sind somit eine spezifische Erscheinungsform „neuer sozialer Konflikte“. Darunter hat die soziologische Forschung jene gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu fassen versucht, die mit der Krise des Fordismus eingeleitet sind und die sich von den typischen Klassenkonflikten des frühen 20. Jahrhunderts unterscheiden (weiterführend siehe Wieviorka 2013, 706–707).

Die Gezi-Park-Proteste sind aber auch einigen Herausforderungen ausgesetzt. Eine bezieht sich auf die systematische Repression der Proteste seitens der Regierung. Nach Angaben der türkischen Ärztekammer sind zwischen Ende Mai und Anfang August fünf Menschen bei den Protesten ums Leben gekommen, elf haben das Augenlicht verloren und mehr als 8.000 wurden verletzt, 63 davon schwer (TTB 2013). Die Kriminalisierung der Gezi-AktivistInnen erfolgte medial durch Vorverurteilung, aber auch handfest durch Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Frauen meldeten Belästigungsfälle seitens der Polizei während der Untersuchungshaft. Diese und ähnliche systematische Abschreckungsmaßnahmen hatten Einfluss auf die Bewegung und drängten sie in die Defensive. Seitens der Demonstrierenden wurde viel Zeit und Energie investiert, die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte wie etwa friedliche Demonstration durch Polizeigewalt und die Abweisung von Klagen gegen politische Verantwortungsträger medial anzuprangern.

Dadurch sind die ursprünglichen Kritikpunkte in den Hintergrund gerückt. Anstatt weiterhin alternative politische Räume und Inhalte zu produzieren, reduzieren sich die Proteste unter Repression zu einer kollektiven Reaktion darauf. Dies findet im Vokabular der Proteste insofern seinen Niederschlag, als zunehmend eine dichotome und „alte“ politische Rhetorik zum Tragen kommt, etwa wenn die Verstorbenen als „Märtyrer“ bezeichnet werden: Das innovative Vokabular und der Humor werden seltener. Die repressiven Maßnahmen der Regierung waren also nicht ohne Erfolg; sie hatten auch Einfluss auf die heterogene Zusammenstellung der Protestierenden. Während linke Gruppen, Kurden und Aleviten weiterhin Auseinandersetzungen mit den

Streitkräften in Kauf nehmen, hat die Mittelklasse die Proteste zum größten Teil verlassen (Uysal 2013). Dadurch wurde das transformative Potenzial der Gezi-Park-Proteste über den Sommer beeinträchtigt.

Ins kollektive Gedächtnis der Zivilgesellschaft hat die Gezi-Park-Erfahrung dennoch bereits Einzug gehalten. Sie öffnete neue Räume und bot neue Formen der politischen Partizipation an. Durch kollektives Handeln und friedlichen Widerstand konnten die Proteste zeitweise Massenunterstützung gewinnen. Vor allem aber konnte der geplante Abriss des Parks verhindert werden. Die Proteste führten möglicherweise auch zu dem Ende September von Erdoğan angekündigten „Demokratie-Paket“ (*demokrasi paketi*). Es geht auf wichtige demokratiepolitische Forderungen ein, erfüllt diese jedoch nur zum Teil oder auf symbolischer Ebene. So wird zum Beispiel das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und an den Hochschulen aufgehoben, mit der Ausnahme von RichterInnen, StaatsanwältInnen und Bediensteten der Streitkräfte. Bildung auf Kurdisch wird erlaubt, allerdings nur an privaten Schulen. Kritiker meinen daher, das Demokratie-Paket setze bloß die Transformation des türkischen Staates in ein Unternehmen fort, mit welchem Erdoğan die demokratischen Anforderungen der Gesellschaft zu verwalten beabsichtige (Küçük 2013). Ob demgegenüber die Proteste einen nachhaltigen Demokratisierungsschub in der Türkei gewährleisten können, werden die nächsten Jahre zeigen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Akgül, Elif (2013). Gezi Direnişinde 59 gazeteci işten çıkarıldı, istifaya zorlandı. [59 JournalistInnen wurden entlassen, (bzw.) zur Kündigung gezwungen während des Gezi-Widerstandes]. Internet: <http://www.bianet.org/bianet/medya/148636-gezi-direnisinde-59-gazeteci-isten-cikarildi-istifaya-zorlandi> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Ataç, Ilker (2013). Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des peripheren Neoliberalismus, Münster.
- Avcı, Sanem (2013). Beyefendinin Vedası. [Der Abschied des Herren] Birikim. Internet: <http://www.birikimdergisi.com/birikim/makale.aspx?mid=982> (Zugriff: 29.10. 2013).
- AYD (Alışveriş Merkezi Yatırımcıları Derneği) (2012). Faaliyet Raporu. [Tätigkeitsbericht der InvestorInnen für Einkaufszentren] Internet: http://www.ayd.org.tr/TR/PDFs/WEB_FAALİYET_RAPORU_2013.pdf (Zugriff: 29.10. 2013).
- Bakiner, Onur (2013). Can the “Spirit of Gezi” Transform Progressive Politics in Turkey? Internet: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/12616/can-the-spirit-of-gezi-transform-progressive-polit> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Buğra, Ayşe (2013). Turkey: what lies behind the nationwide protests? Internet: <http://www.opendemocracy.net/5050/ayse-bugra/turkey-what-lies-behind-nationwide-protests> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Cassano, Jay (2013). The Right to the City Movement and the Turkish Summer. Internet: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/11978/the-right-to-the-city-movement-and-the-turkish-sum> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Coşar, Simten/Gamze Yücesan-Özdemir (2012). Silent Violence. Neoliberalism, Islamist Politics and the AKP Years in Turkey, Ottawa.
- Europäische Kommission (2013). Turkey 2013 Progress Report. Internet: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/brochures/turkey_2013.pdf (Zugriff: 29.10. 2013).
- Harvey, David (2012). Rebel Cities. From the right to the city to the urban revolution, London.
- Inceoğlu, İrem (2013). Gezi Spirit and the Forums. Internet: <http://www.opendemocracy.net/%C4%B0rem%C4%B0nceo%C4%B0flu/gezi-spirit-and-forums> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Küçük, Bülent (2013). What is a Democratization Package Good For? Internet: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/14685/what-is-a-democratization-package-good-for> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Penguin (2013). Direnince çok güzel oluyorsun Türkiye. [Türkei, du siehst sehr schön aus, wenn du Widerstand leistest] Nr. 559. Internet: <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10151621684887486&set=a.388353002485.169123.10695312485&type=1&theater> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Reporters without Borders (2012). Turkey – World’s Biggest Jail for Journalists. Internet: <http://en.rsf.org/turkey-turkey-world-s-biggest-prison-for-19-12-2012,43816.html> (Zugriff: 29.10. 2013).

- Uysal, Ayşen (2013). Hükümetin Eylül sendromu ve Haziran Direnişi'nin 'eylül'ü [Der September-Syndrom der Regierung und der Herbst des Juni-Widerstandes]. Internet: <http://www.agos.com.tr/hukümetin-eylul-sendromu-ve-haziran-direnisinin-eylulu-5793.html> (Zugriff: 29.10. 2013).
- TBB (Türkiye Tabipler Birliği) (2013). *Göstericilerin Sağlık Durumları*. [Gesundheitszustand der Protestierende]. Internet: <http://www.ttb.org.tr/index.php/Haberler/veri-3944.html> (Zugriff: 29.10. 2013).
- Wieviorka, Michel (2013). Social Conflict, in: Current Sociology Review, Vol. 61(5-6), 696–713.

AUTORINNEN

Ilker ATAÇ ist Universitätsassistent am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und hat derzeit eine Vertretungsprofessur im Bereich „Politik der Arbeitsmigration“ an der Universität Kassel inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migrationspolitik, Internationale Politische Ökonomie und türkische Politik.

Ayşe DURSUN ist Doktorandin und Projektmitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Zu ihren Forschungsinteressen zählen soziale Bewegungen, vor allem die islamische(n) Frauenbewegung(en) in der Türkei.



Peter Filzmaier, Peter Plaikner, Christina Hainzl,
Karl A. Duffek (Hg.)

Wir sind EU-ropa

Von vielen EU-Öffentlichkeiten zu einer
europäischen Öffentlichkeit

facultas.wuv, 2013, 190 Seiten

ISBN 978-3-7089-0954-7

EUR [A] 19,90/ EUR [D] 19,40/CHF 26,50

Der Band erscheint genau in dem Jahr, in dem neben zahlreichen regionalen Urnengängen auch der Deutsche Bundestag und der österreichische Nationalrat neu gewählt werden. Umso mehr sollte sich der Blick auf das größere Ganze richten: die EU. Von der Demokratie- bis zur Kulturdebatte, von der Mediendiskussion bis zur Wirtschaftssituation bestimmt die (mangelnde) europäische Öffentlichkeit das Tempo der Integration. Der Band vereint ganz unterschiedliche Perspektiven von WissenschaftlerInnen und BeraterInnen, von JournalistInnen und MarktforscherInnen, von ExpertInnen in Brüssel und Straßburg sowie Fachleuten aus verschiedenen Staaten der Union, die alle von einem Grundgedanken ausgehen: Wir sind EU-ropa.

